

Werbung für den strafenden Staat: Beobachtungen anlässlich der WM 2006

OLIVER BRÜCHERT

Der öffentliche Diskurs über ›Sicherheit‹ rund um die Fußballweltmeisterschaft, die im Sommer 2006 in Deutschland ausgetragen wurde, ist ein Musterbeispiel für eine kleine aber wichtige Erweiterung der Strategien, mit denen der Sicherheitsstaat öffentlich legitimiert wird. Unsere etablierten Theorien über abweichendes Verhalten, Moralunternehmertum und Kriminalisierung von Stan Cohens »Folk Devils« bis zu Stuart Halls »Policing the Crisis«¹ gehen einhellig davon aus, dass Straf- und Sicherheitspolitik ganz wesentlich auf der Dramatisierung von gefährlichen Außenseitern basiert, die als Sündenböcke präsentiert werden, gegen die härter durchgegriffen werden müsse. Diese Strategie der Dramatisierung und Dämonisierung erheischt die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung, die als ›unbescholtene Bürger‹ auch drastischen Einschnitten in ihre Bürger- und Menschenrechte zustimmen. Wenn es um den Kampf gegen das Böse geht, ist eben fast alles erlaubt. Staatliches Strafen legitimiert sich demnach zu einem guten Teil mittels der Überzeichnung von Risiken. Man kann das an Kampagnen zu Kindstötungen ebenso beobachten wie an Debatten zur angeblich andauernd steigenden Jugendgewalt oder den verschiedenen Varianten von Terrorismus. Aber diese Strategie sieht sich stets mit dem Dilemma konfrontiert, dass gleichzeitig ›Sicherheit‹ versprochen wird, während andauernd neue Gefahren entdeckt werden und unvermeidlich ›Unsicherheit‹ produziert wird. Dadurch könnte Zweifeln an der staatlichen Kompetenz zur Ge-

1 Diese beiden ›Klassiker‹ markieren insofern ein Spannungsfeld, weil Cohen (1972) sich eher soziologisch mit den devianten Subkulturen und privaten »Moralunternehmern« beschäftigt, während Hall et al. (1978) eher politikwissenschaftlich die staatliche Politik und deren Interessen als Ausgangspunkt der beschriebenen Kampagnen in den Blick nehmen.

währleistung von Sicherheit und Ordnung Vorschub geleistet werden: Wozu der ganze Aufwand, wenn doch gleichzeitig ›alles immer schlimmer‹ wird? Es muss folglich ein diskursives Gleichgewicht zwischen ›Sicherheit‹ und ›Unsicherheit‹ angestrebt werden. Der Sicherheitsstaat muss auch zeigen können, dass er funktioniert und dazu benötigt er plausible, aber beherrschbare Risiken.

Vieles von dem, was man im Kontext der Fußballweltmeisterschaft (WM) beobachten konnte, folgt erst einmal den etablierten Mustern der Dramatisierung und Dämonisierung. Im Vorfeld des Ereignisses konzentrierten die deutschen Medien sich gewohnheitsmäßig auf ›gewaltbereite‹ Fans und organisierte Hooligans, die insbesondere aus England und Polen anreisen und ›uns‹ die schöne Weltmeisterschaft verderben, die Innenstädte verwüsten und auch sonst sehr viel Schaden anrichten könnten. Darüber hinaus gab es Berichte über tausende ›Zwangsprostituierte‹, die angeblich aus Osteuropa eigens zur Weltmeisterschaft eingeschmuggelt werden sollten, um der erwartbar gesteigerten Nachfrage seitens der überwiegend männlichen Fußballfans nachzukommen.² Auch Spekulationen über mögliche terroristische Anschläge wurden fleißig genährt (Selbstmordattentäter und gezielte Flugzeugabstürze in Stadien etc.). Auch noch während der WM gab es regelmäßig Berichte über Schlägereien zwischen Hooligans, Polizeieinsätze und zahlreiche Festnahmen. Der größte Aufreger war ein ›Amokfahrer‹, der am 2. Juli 2006 in Berlin mit dem Auto die Absperrungen der ›Fanmeile‹ durchbrach und einige der Feiernden verletzte. Aber die schlechten Nachrichten wurden sehr bald in den Hintergrund gedrängt von der einhelligen frohen Kunde, dass der offizielle Slogan der WM »Die Welt zu Gast bei Freunden« Wirklichkeit geworden sei: Friedliche Fans aus aller Welt feierten gemeinsam ein riesiges ›Fußballfest‹, die Polizei hatte trotz des gewaltigen Andrangs die Situation stets unter Kontrolle, die ganze Welt staunte, wie fröhlich und ausgelassen ›wir Deutschen‹ feiern können. »Bei der WM wurde der Beweis erbracht, dass Fröhlichkeit und Sicherheit nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern sich gegenseitig bedingen«, zitiert die *Berliner Morgenpost* vom 10. Juli 2006 Innenminister Schäuble. Statt abschreckender Hooligans als sichtbarer Beweis für die Notwendigkeit verschärfter Sicherheitsmaßnahmen sehen wir Bilder glücklicher Menschen in karnevalistischen Kostümen, Arm in Arm, feiernd, jubelnd, tanzend, auch mal weinend, wenn die eigene

2 Der Beitrag von Jenny Künkel in diesem Band zeigt an diesem Beispiel sehr eindrucksvoll, wie solch eine Moralpanik von wenigen identifizierbaren moralunternehmerischen Gruppen in Gang gebracht werden kann und welche Implikationen für erwünschte und unerwünschte Sex-Arbeit damit verbunden sind.

Mannschaft verloren hat, dann aber schon wieder getröstet von Anhängern des siegreichen Teams. Das sind – freiwillig oder unfreiwillig – die neuen Werbeträger des strafenden Staates: Sicherheit, so die neue Botschaft, ist garantiert.

Bemerkenswert an dieser veränderten öffentlichen Behandlung des Sicherheitsthemas ist, wie die gute Nachricht, dass es keine größeren Zwischenfälle gab, dass die größten Probleme, mit denen die Polizei sich konfrontiert sah, Schlägereien zwischen kleineren Gruppen betrunkener Fans waren, trotzdem in eine Werbekampagne für eine Ausweitung des Sicherheitsstaates münden konnte. Denn die WM war gleichzeitig ein Testlauf für eine ganze Reihe neuer Sicherheitstechniken und Kontrollmaßnahmen, die sich – so das offizielle Fazit – bewährt haben und nun vermehrt zum Einsatz kommen sollen. Warum, könnte man fragen, sahen wir keine wütenden Proteste von Zuschauern, die unterwegs ins Stadion oder in einen der *Public Viewing*-Bereiche, wo sie sich friedlich ein Fußballspiel ansehen wollen, wie potentielle gefährliche Straftäter behandelt werden? Stattdessen sahen wir sie geduldig Schlange stehen, extra lange Wartezeiten in Kauf nehmend, die ausdrücklich mit dem Hinweis auf verschärfte Kontrollen begründet wurden, bis sie an der Reihe waren, kontrolliert zu werden. Damit das weitgehende Ausbleiben von Störungen als Erfolg der Sicherheitspolitik angepriesen werden konnte, mussten freilich in einem ersten Schritt die Gefahren heraufbeschworen werden, die angeblich drohen, wenn man nicht so hart durchgreift. Gleichzeitig durften diese Gefahren nicht überdramatisiert werden, damit die Menschen nicht abgeschreckt werden. Man brauchte sie als zahlende Kunden der WM und der gastgebenden Städte, die sich davon einen warmen Geldregen durch allerlei touristische Begleitaktivitäten versprochen. Es geht, wie gesagt, um plausible, aber beherrschbare Risiken. Zunächst möchte ich daher etwas ausführlicher auf die verschiedenen Gefahren eingehen, die im Zusammenhang mit der Fußball-WM thematisiert wurden.

›Gewaltbereite Fußballfans‹

Als größte Herausforderung für einen gelungenen Ablauf der WM wurde eindeutig das Problem ›gewaltbereiter‹ Fans bzw. Hooligans betrachtet. In den Medien sind Geschichten über deren Gefährlichkeit gut etabliert. Bilder von Massenschlägereien und von bekannten Schlüsselereignissen wie der ›Heysel-Katastrophe‹ in Brüssel 1985 oder dem Angriff deutscher Fans auf den französischen Polizisten Daniel Nivel in Lens während der WM 1998 werden in diesem Zusammenhang immer

wieder gezeigt. Ebenso gibt es einen langen Katalog sicherheitspolitischer Maßnahmen, die überwiegend oder ausschließlich der Kontrolle ›polizeibekannter‹ Hooligans und der Verhinderung solcher Ausschreitungen dienen sollen: Reiseverbote, Stadionverbote, Großeinsätze der Polizei, ›szenekundige Beamte‹, öffentliche Überwachung, personalisierte Tickets und zahlreiche ›präventive‹ Verhaftungen etc. – das muss ich nicht ausbuchstabieren, da es in mehreren Beiträgen dieses Bandes ausführlich dokumentiert wird. Sind solche Maßnahmen erst einmal etabliert, richten sie sich üblicherweise nicht exklusiv gegen Fußballfans. Oft werden sie direkt für den Umgang mit politischen Demonstrationen und anderen Protestformen übernommen – im großen Stil z.B. vor und während der Großdemonstration gegen das G8-Treffen in Genua 2001, als zahlreiche politische Aktivisten mit Hausarrest belegt und an der Einreise nach Italien gehindert wurden. Genau wie bei den Fußballfans wurden Listen mit ›potentiellen Gefährdern‹ angelegt und ausgetauscht, deren Personalausweise eingezogen und während des Gipfels – wie übrigens auch während der Fußball-WM 2006 – das Schengener Abkommen ›außer Kraft gesetzt‹, also systematische Grenzkontrollen wieder eingeführt. Alles Maßnahmen, die im Kontext mit Fußballspielen und Großereignissen wie der Fußball-Europameisterschaft 2000 bereits erprobt waren. Fußball, bzw. der Umgang mit Fußballfans ist ein bevorzugtes Testfeld sicherheitspolitischer Maßnahmen, die in anderen Kontexten schwer durchsetzbar wären.

Aus soziologischer Perspektive steht die Faszination für Hooligans in der Tradition der Moralisierung und Kriminalisierung männlicher jugendlicher Subkulturen von den Mods und Rockern über die Punks und Skinheads bis zu türkischen Jugendbanden und ›Gangster‹-Rappern. Bei Licht betrachtet geht es um Formen riskanter Männlichkeit, die problematisiert werden müssen, um den Nachwuchs-Kriegern den Übergang in die Patriarchenrolle plausibel zu machen – und hegemoniale Männlichkeit damit insgesamt zu legitimieren. In meiner Untersuchung zur medialen Berichterstattung über rechtsradikale Gewalttäter fand ich die gleichen Präsentationsmuster wie in Beiträgen über Fußballfans.³ Üblicherweise endet die aktive Teilhabe an solchen Subkulturen dann mit der Familiengründung und dem Berufseinstieg, auch wenn die Affi-

3 Nachzulesen einmal in Brüchert (1996) und bezüglich der Fußballfans in Brüchert (2000). Im *Jahrbuch Rechts- und Kriminalsoziologie '96* (Kersten/Steinert 1996) finden sich weitere Aufsätze, die den Zusammenhang von Männlichkeit und der Darstellung von Gewaltfähigkeit beleuchten; vgl. Steinert (1996) zum hier nur angedeuteten Patriarchats-Konzept. Weitere Beispiele finden sich bei Steinert/Karazman-Morawetz (1994) und Findeisen/Kersten (1999).

nität sich weiter in bestimmten kulturellen Ausdrucksformen wie modischen Accessoires erhalten kann. Nicht zu fürchten braucht man sich demnach vor einer Männlichkeit, die statt auf physischer Gewaltfähigkeit auf sublimierter Aggressivität basiert und als Durchsetzungsfähigkeit in der Konkurrenz um beruflichen Aufstieg und schnelle Unternehmensprofite weniger offensichtlichen Schaden anrichtet. Die Fixierung auf Jugendgewalt als allgemein geteilte Problemwahrnehmung drängt die Kritik an der hegemonialen Männlichkeit und den strukturellen Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen, auf denen diese basiert und die sie stützt, in den Hintergrund.

Ohne solche sozialwissenschaftlichen Erklärungen, erscheint der Aufwand und das öffentliche Aufsehen, das um ein paar Hundert ›gewaltbereiter‹ Fans betrieben wird, in keinem Verhältnis zur geringen Beeinträchtigung der übrigen Fans, geschweige denn der größeren Öffentlichkeit durch diese Gruppen zu stehen. Im Wesentlichen sind die ja darauf aus, sich mit den ›gegnerischen‹ Fans möglichst ohne Behinderung durch die Polizei zu messen – bzw., da die Polizei das fast immer verhindert, eben ersatzweise mit der Polizei, weil die besser ›bewaffnet‹ ist und sich daher für besondere Mutproben eignet. Der Umgang mit Hooligans ist seitens der Polizei gut entwickelt und erprobt und mit sehr wenigen Ausnahmen auch erfolgreich – sofern man als Maßstab die Verhinderung des eigentlichen Ziels der Hooligans, den Kampf gegen andere Hooligans, anlegt. Die Polizei gewinnt immer. Gerade aufgrund dieser strukturellen Überlegenheit ist sie ein Gegner, den anzugreifen viel Ehre einbringt. Hooligans sind ein Musterbeispiel für ein plausibles aber beherrschbares Risiko, weil der Ärger vorprogrammiert ist, sich die Provokationen und Angriffe aber fast ausschließlich gegen die Polizei richten, die eigens zu dem Zweck vor Ort ist, diese Art von Ärger professionell zu handhaben. Die ganze Szene ist sowohl aus der Perspektive der Polizei (Behr 2000) wie auch von Seiten der Randalen suchenden Fans (Fritschi 2000) hoch ritualisiert, daher auch leicht vorhersehbar und gut zu kontrollieren.

Internationaler Terrorismus

Nach ein paar anfänglichen Warnungen vor möglichen Terroranschlägen während der Fußball-Weltmeisterschaft, wurde dieses Thema eher zurückhaltend behandelt. Das Bundeskriminalamt ließ auf seiner Homepage verkünden: »Derzeit gibt es keine konkreten Hinweise auf terroristische Gefährdungen.« Auch der Bundesinnenminister gab sich am 3. Juni 2006 (also bereits vor Beginn der WM am 9. Juni) in der

Süddeutschen Zeitung zuversichtlich: »Die Terrorgefahr ist, wie sie immer ist, aber sie ist nicht wirklich größer als beim Weltjugendtag der Katholiken vergangenes Jahr.« Derselbe Innenminister hatte freilich die Angst vor Terroranschlägen zuvor fleißig mit geschürt, indem er vor möglichen Anschlägen mit »schmutzigen Bomben« gewarnt und einen Bundeswehreininsatz im Inneren erwogen hatte. Es gab Planungen und Übungen für Katastrophenfälle, die Überwachung des Luftraums durch AWACS-Flugzeuge wurde in Zusammenarbeit mit der NATO vorbereitet, und Fans aus bestimmten Ländern (namentlich dem Iran) sollten unter besondere nachrichtendienstliche Beobachtung gestellt werden. Insgesamt diente das Thema Terrorismus einmal mehr dazu, die Militarisierung der so genannten »inneren Sicherheit« weiter voranzutreiben – die mit dem Urteil zum »Rettungsabschuss« allerdings gerade einen Rückschlag erlitten hatte.⁴ Auch der angekündigte Einsatz der Bundeswehr im Inneren wurde noch einmal zurückgezogen. Das ist Teil einer üblichen Taktik, umstrittene Maßnahmen so oft anzukündigen, bis sich die öffentliche Erregung aus purer Gewöhnung und Ermüdung gelegt hat und man sie schließlich für durchsetzbar hält. Die massenhaften »Sicherheitsüberprüfungen«, die das BKA bei allen Personen durchführte, die in den Stadien arbeiteten, wurden zwar mit der Terrorgefahr begründet, die öffentliche Erregung richtete sich dann aber doch mehr auf die damit verbundenen datenschutzrechtlichen Probleme als auf Phantasien möglicher Attentate: »Was passiert mit den Daten von 250.000 WM-Mitarbeitern?«, fragt die – nicht gerade als Speerspitze der Bürgerrechtsbewegung bekannte – *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* am 30. April 2006 (auf Seite 6) und schließt süffisant: »An den Würstchengrill scheinen sich Terroristen bisher nicht heranzuwagen«. »Internationaler Terrorismus« ist ein plausibles Risiko, insbesondere seit den Anschlägen vom 11. September 2001. Es ist ein weltpolitisches Thema, das täglich durch weitere Medienberichte unterfüttert wird, bis sich selbst reaktionäre Innenpolitiker im Verhältnis zur medialen Panikmache als zurückhaltend und sachlich darstellen können – sie können sogar darauf bauen, dass die Terrorgefahr trotz der zitierten Entwarnungen präsent bleibt. Das Risiko wird durch ihre demonstrative Zurückhaltung nicht weniger plausibel. So lässt sich das Dilemma der Dramatisierung umgehen: Sicherheit wird versprochen, Sicherheit wird auch eingelöst. Selbst noch die später gescheiterten und laut einem Bericht der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 1. September 2006 ursprünglich zur

4 Das so genannte »Luftsicherheitsgesetz« aus dem Jahr 2004 hatte die Möglichkeit eines legalen Abschusses von zivilen Flugzeugen vorgesehen, wenn davon auszugehen sei, dass diese für einen Terroranschlag missbraucht würden (vgl. Kutscha 2006).

Weltmeisterschaft geplanten Anschläge mit zwei Kofferbomben auf Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen wurden als Beleg eines funktionierenden Sicherheitskonzeptes und der Notwendigkeit von (noch mehr) Videoüberwachung interpretiert. Obwohl das Thema während der WM eine untergeordnete Rolle spielte, war es also wirksam – möglicherweise sehr viel wirksamer, als wenn es über Gebühr strapaziert worden wäre.

Die Kontrolle der Massen

Ein Risiko, das auf den ersten Blick wenig mit Sicherheitspolitik zu haben scheint, ist das schlichte Problem der großen Menschenmassen, die während eines solchen Großereignisses nicht nur in den Stadien zu erwarten sind. Anders als die durch Dramatisierung erst zum Problem erhobenen Hooligans und die medial übersteigerten Terrorpaniken, gibt es hier praktische Probleme, die nicht auf die ideologische Funktion zu reduzieren sind. Nichtsdestoweniger vollziehen sich auf diesem Terrain sehr grundlegende Entwicklungen hinsichtlich der Privatisierung von Kontrolle.

Da Detlef Nogala auf der Berliner Tagung »Policing Crowds – Privatizing Security« im Juni 2006 (vgl. <http://www.policing-crowds.org/>) eine Klärung der Begriffe insbesondere am Beispiel der »Privatisierung« eingefordert hat, gestatte ich mir einen kleinen Hinweis, wie ich sie verwende und auch sinnvoller Weise zu verwenden vorschlagen würde: Privatisierung (von Kontrolle, Sicherheit, Polizei) bezeichnet den Vorgang der Entstaatlichung von Funktionen oder Aktivitäten, also schlicht, wenn ein privater Sicherheitsdienst Aufgaben übernimmt, die zuvor von der Schutzpolizei wahrgenommen wurden. Das Gegenstück wäre ein bestimmtes Verständnis von einem möglichst zivilisierten staatlichen Gewaltmonopol, dessen Stärke in seiner Zurückhaltung liegt (vgl. Brüchert/Steinert 1998). Mit der Privatisierung von Kontrolle eng verbunden ist eine zunehmende Privatisierung des (städtischen) öffentlichen Raums, die darauf abzielt, per Hausrecht störende Personen (z.B. Obdachlose, Jugendliche, Bettler) aus den Einkaufspassagen, von den Bahnhöfen usw. zu entfernen, was dann in der Regel durch eigens angeheuerte private Sicherheitsdienste bewerkstelligt wird (vgl. Ronneberger et al. 1999). Auch Fußballstadien sind ein Beispiel für derart privatisierte öffentliche Räume. Kommodifizierung bezeichnet die Veränderung der Kontrolltätigkeiten selbst, die im Zuge der Ökonomisierung (also der Profitorientierung, die sich nicht allein auf private Anbieter beschränkt, sondern infolge neoliberaler Umstrukturierung in allen Bereichen staatlicher Verwaltung um sich greift) immer stärker warenaformig organisiert

sind (vgl. dazu den Beitrag von George S. Rigakos in diesem Band). Freilich treten Privatisierung, Ökonomisierung und Kommodifizierung oft im selben Zusammenhang auf und begünstigen sich wechselseitig. Dennoch sollte man die Begriffe differenziert verwenden. Was ich hier beschreibe, fällt im Wesentlichen in den Bereich der Privatisierung.

Tatsächlich ging es bei vielen der als ›Sicherheitsprobleme‹ angesprochenen Punkte um die schlichte Steuerung, Unterbringung und Versorgung der zahlreichen Touristen. Der größte Teil des Polizeiaufgebots war damit beschäftigt, den Verkehr zu regeln und die Fangruppen durch die Städte zu leiten. Alle anderen Aufgaben wurden weitestgehend privatisiert: Die Sicherheitsmaßnahmen in den Stadien und den *Public Viewing*-Bereichen, von Überwachungskameras und Einlasskontrollen über Absperrungen und segregierte ›Zonen‹ (die zugleich nach nationaler wie nach Klassen-Zugehörigkeit sortieren)⁵ bis zum massiven Einsatz privater Sicherheitsdienste und der massenhaften Speicherung personenbezogener Daten im Rahmen der Ticketbestellung.⁶ Nebenbei war die WM auch ein Testlauf für den Einsatz der Funkchip-Technologie (RFID), die nicht nur zur Einlasskontrolle diente, sondern es angeblich auch ermöglichen sollte, Störer anhand der Funkkennung ihres Tickets zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen.

Die WM-Stadien, in denen während der WM die FIFA das Hausrecht hatte, waren – sofern nicht im Hinblick auf dieses Ereignis neu gebaut – alle grundlegend modernisiert worden, wobei besonderes Augenmerk auf die ›Sicherheit‹ gelegt wurde. Zahlreiche Überwachungskameras (CCTV) wurden installiert, Stehplätze in Sitzplätze umgewandelt und separate Ein- und Ausgänge für die verschiedenen Fangruppen geschaffen. Alles gemäß den Auflagen und unter Kontrolle der FIFA. Auch hier geht es darum, einen privaten, nicht-staatlichen Akteur mit Aufgaben der Gewährleistung von Sicherheit inklusive der entsprechenden Mittel zur Durchsetzung zu betrauen. Also um einen Rückzug des staatlichen Gewaltmonopols. Die häufig mit öffentlichen Mitteln oder zumindest öffentlichen Zuschüssen gebauten Stadien, sind nur noch sehr begrenzt öffentliche Orte. Doch auch in den Innenstädten, an Bahnhöfen und U-Bahn-Stationen wurden anlässlich der WM zahlreiche neue Überwachungskameras installiert und wurden zusätzliche

5 Vgl. den Beitrag von Anke Hagemann in diesem Band.

6 Man hätte das Thema ›Schwarzmarkt‹ auch als ein eigenständiges plausibles Risiko thematisieren können, da es nicht unerheblich zur Durchsetzbarkeit der aberwitzigen Datensammelei im Rahmen des Ticketverkaufs beigetragen haben dürfte. Schwarzmärkte sind auch in anderen Kontexten (Zigarettschmuggel und Grenzkontrollen, illegale Zuwanderung, Sozialpolitik) ein wichtiges Element sicherheitspolitischer Diskurse.

stellt, sondern als etwas, das mit eigenem Verhalten zu tun hat. Der kontrollierende Blick wendet sich gegen die, die dem Diskurs zufolge eigentlich geschützt werden sollen, eben jene, die hier informiert werden. ›Sicherheit‹ bedeutet nun, sich selbst vor Dummheiten, vor risikoträchtigem Verhalten in Acht zu nehmen. Der Generalverdacht wird freimütig und auf Hochglanzpapier an die Adressaten verteilt. Und interessanterweise löst das keine Empörung aus, zumindest nicht in einem Umfang, der dazu führen würde, dass das in irgendeiner Weise die Aufmerksamkeit der Medien erregte und dokumentiert würde. Niemand scheint ein Problem damit zu haben, seine Bürgerrechte am Eingang zum Stadion abzugeben, getreu dem Glaubenssatz, der in Meinungsumfragen zu öffentlichen Videokameras und Telefonüberwachung so häufig geäußert wird: ›So lange ich mich an die Regeln halte, brauche ich auch keine Bürgerrechte‹. Oder zugespitzter: ›Bürgerrechte schützen doch nur die Kriminellen‹. Das ist die Perspektive eines vollkommen entgrenzten Sicherheits- und Kontrollstaates, der auch etablierte rechtsstaatliche Selbstbeschränkungen abzustreifen trachtet (wie zuletzt das Folterverbot). Der erwähnte Widerspruch, dass mit immer mehr ›Sicherheit‹ und Kontrollen auch immer mehr Unsicherheit erzeugt wird, scheint stillgestellt. Dennoch äußern sich genau hier Widerstände gegen die Kontrollwut: Sind personalisierte Eintrittskarten mitsamt des umständlichen und umstrittenen Verkaufssystems wirklich nötig, um ungestört einem Fußballspiel beiwohnen zu können? Nicht zuletzt die immensen Kosten der Sicherheitsmaßnahmen waren ein Thema in der Medienberichterstattung. Die rechtsstaatlich entgrenzte Kontrollwut erscheint schlicht als überzogen – gerade wenn es lediglich darum geht, die Adressaten vor eigenem Fehlverhalten zu beschützen.

Du bist Kontrolle

Die bisherigen Ausführungen sollten deutlich gemacht haben, dass das Thema Fußball nicht nur zu Zeiten der WM ein herausragendes Feld zur Erprobung, Erweiterung und öffentlichen Anpreisung des Sicherheitsstaates ist. Aber warum ist Fußball, warum ist die WM so gut geeignet, neue Formen der sozialen Ausschließung und Kontrolle zu etablieren? Ich möchte mich im Folgenden auf einen Aspekt konzentrieren, der mir am Beispiel der Fußball-WM besonders bestimmend erscheint, nämlich den Blickwechsel weg von der hässlichen, negierenden ausschließenden Seite von ›Sicherheit‹, ›Ordnung‹ und Kriminalitätskontrolle hin zur (so wird sie jedenfalls dargestellt:) freundlichen, produktiven, integrativen Seite der Kontroll-Kultur.

Man kann das anhand einer auffälligen Parallele zum ›neuen Patriotismus‹ erläutern, der das Bild der Fußballweltmeisterschaft prägen und zum bestimmenden Thema werden sollte: Traditionell wurde ein Zusammenhang zwischen Deutschlandfahnen schwenken und Patriotismus vornehmlich in entlarvendem Gestus von ›links‹ behauptet. Dem wurde üblicherweise entgegengehalten, dass es ja ›nur Fußball‹ sei und außer den Deutschen kein Land der Welt ein Problem damit habe, bei Sportereignissen ›Flagge zu zeigen‹. Jedenfalls sei das kein (politischer) Patriotismus, sondern drücke lediglich die Verbundenheit mit der Mannschaft aus, die man unterstützen wolle. Schon im Vorfeld der Fußball-WM konnte man hingegen beobachten, wie nun ausgerechnet die bürgerlich-liberale bis konservative Öffentlichkeit den Fahnen schwenkenden Fußballfans einen ›neuen Patriotismus‹ andichtete.⁸ Das »unverkrampte« Verhältnis zu den nationalen Farben sei Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins, dass Deutschland nicht mehr mit den Gräueltaten der Vergangenheit identifiziert werde, sondern mit allem, was heute schön und liebenswert an diesem Land sei: Demokratie, Wohlstand und nette Leute, die kräftig feiern können. Sogar gutes Wetter gibt es hier. Das Projekt, sich auf die Gnade der späten Geburt berufend, von den Schat-

8 Eine wichtige Vorlage lieferte Bundespräsident Horst Köhler, der im *Deutschlandfunk* das Fahneschwenken als Hinweis interpretierte, »dass sich das Land weiter normalisiert, dass man jetzt unverkrampfter auf seine eigene Nationalflagge zeigt und sich mit ihr schmückt« (zit.n. Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 2006). Der *Focus* witterte sogleich die »Stunde der Patrioten« und drehte den Spieß explizit um: »Nicht ernst zu nehmen. Patriotismus. In Deutschland. Die Experten, die Wahrheitsverwalter, die soziologischen und historischen Frühwarner bemühen sich seit Tagen, das Undenkbare auf lau zu reden. Nicht jeder Fahneschwenker sei gleich ein Patriot, weiß der Bremer Sozialwissenschaftler Klaus Boehnke, und der Bielefelder Geschichtsguru Hans-Ulrich Wehler spricht von einem ›außerordentlich flüchtigen Phänomen‹. Peter Widmann, Politologe am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, tut das, was die Experten am liebsten tun. Er erklärt das Außergewöhnliche zum längst Bekanntesten. ›Die Freude an der Fahne ist kein neues Phänomen«, sagt er. Schon immer hätten sich Fans im Umfeld der Stadien in den Nationalfarben kostümiert« (*Focus*, 25/2006, S. 56f, Hervorh. im Orig.). Zu danken sei hingegen jenen öffentlichen Persönlichkeiten, die wie Paul Nolte und Kurt Beck »mit dem P-Wort keine Probleme haben« (ebd.). Die *Bild* hatte die WM schon früh unter das Motto »Schwarz-rot-geil« gestellt, während in der *Zeit* unter dem Titel »Unheimlich schön« (Titelseite und »Leben« am 22. Juni 2006) zumindest noch eine Ambivalenz mitschwang. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* warnte unter der Überschrift »Love-Parade in Schwarz-Rot-Gold« (16. Juni 2006, S. 36) einerseits vor »dumphem Patriotismus« und »falschem Nationalstolz«, fand aber am »gesunden Heimatgefühl« und der »Party im ›Club Deutschland‹« (Hervorh. im Orig.) andererseits nichts, was man »schlechtreden« sollte.

ten der Vergangenheit freimachen zu wollen und einen neuen, positiven Nationalstolz zu etablieren, ist freilich alles andere als neu. Neu ist – jedenfalls in dieser Zuspitzung – die Diskursstrategie der Vereinnahmung. Schon in der im Herbst 2005 von Bertelsmann-Chef Gunter Thiele initiierten und privat finanzierten (bzw. von öffentlich-rechtlichen und privaten Medien getragenen), vordergründig auf eine Verbesserung der Arbeitsmoral zielenden Kampagne »Du bist Deutschland« traten auffällig viele Personen mit migrantischem Hintergrund auf, die dem Zuschauer erklärten, was alles gut und liebenswert an Deutschland sei und wie jeder hier auf ganz individuelle Art erfolgreich sein könne. Beim Fußball sind erfolgreiche Migranten wichtige Hauptdarsteller. Es mutet schon fast absurd an, dass sich angesichts der grenzüberschreitenden Mobilität fast aller Profi-Spieler doch noch nationale Wettbewerbe und Meisterschaften halten können, in denen Nationalteams gegeneinander antreten. Im deutschen WM-Kader waren u.a. Neuville, Asamoah und Odonkor fürs Tore schießen zuständig. Und beim rot-schwarz-goldene Fahnen Schwenken zeigten sich die Zuwanderer ebenfalls wenig zurückhaltend. Sie können tatsächlich ein »unverkrampft« Verhältnis zur deutschen Geschichte haben und feiern womöglich ihr individuell erfolgreiches Migrationsprojekt. Vielleicht haben sie auch einfach nur Spaß am Fußball. Freiwillig oder unfreiwillig werden sie zu den entscheidenden Werbeträgern des neuen Patriotismus, der nur so das Negative eines rassistisch-autoritären, potentiell faschistischen Nationalismus abstreifen kann. Die gelungene Integration von Zuwanderern als Beweis für die Harmlosigkeit des neuen nationalen Projektes, während die »Festung Europa«, Massenabschiebungen und Flüchtlingselend ausgeblendet werden.

Zu Werbeträgern werden die Fahne schwenkenden Fans aus allen Ländern auch in einem zweiten Sinne: zu Werbeträgern des Sicherheitsstaates. Das Muster ist vergleichbar: Die hässliche, repressive Seite des Sicherheitsstaates bleibt weitgehend unsichtbar, während der reibungslose Ablauf der WM und das Ausbleiben von Terroranschlägen und anderen Katastrophen als Erfolg der Sicherheitskonzepte gefeiert werden. Tausende »gewaltbereiter« Fans, die bereits im Vorfeld an der Einreise gehindert, festgesetzt und – mehr oder weniger erfolgreich – von der WM ferngehalten wurden, bekam man nicht zu sehen (wie auch?). Bestimmte Gruppen der von der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) als »Gewalttäter Sport« in einer Datenbank registrierten Fans (»Kategorie C: zur Gewalt entschlossen«) wurden von vornherein vom

Erwerb der Tickets ausgeschlossen.⁹ Die Proteste und sporadischen Aktionen der organisierten Fußballfans und Fanprojekte gegen ihren weitgehenden Ausschluss aus den Stadien wurden in den Medien nahezu vollständig ignoriert. Nach dem Spiel Deutschland gegen Polen am 14. Juni in Dortmund wurde in zahlreichen Medien von mehr als 400 Verhaftungen berichtet. Zuvor hatte die Polizei 148 deutsche ›Hooligans‹ eingekesselt, was zu Angriffen umstehender Fans auf die Polizei mit Bierflaschen, Tischen und Stühlen führte. Gezeigt wurden im Wesentlichen bereits Verhaftete, von denen nichts Bedrohliches mehr ausging – u.a. ein Fernsehbild eines am Oberkörper entblößten, auf dem Boden liegenden jungen Mannes, der von mehreren Polizisten in voller Kampfmontur überwältigt und fortgezerrt wurde. Das harte Durchgreifen der Polizei wurde uneingeschränkt als Erfolg gefeiert, die zahlreichen Verhaftungen als gute Nachricht präsentiert. Offenbar kann auch vorausgesetzt werden, dass ein Polizeikessel als Präventionsmaßnahme nicht mehr als innen- und rechtspolitischer Skandal wahrgenommen wird, jedenfalls nicht, wenn er sich gegen ›Hooligans‹ richtet.¹⁰ Selbst da, wo die repressive Seite der Sicherheitspolitik zum Vorschein kam, sah sie im Kontext Fußball gar nicht hässlich aus. Ansonsten machte die Polizei eher mit der Frage Schlagzeilen, ob sie Deutschlandfähnchen an ihren Dienstfahrzeugen anbringen dürfe. Das nette Gesicht des Sicherheitsstaates basiert wie der Multi-Kulti-Patriotismus einerseits auf der Unsichtbarkeit von Strafe und der Sprachlosigkeit der Ausgeschlossenen. Aber es baut auch ganz wesentlich darauf, dass es eine besonders hohe Akzeptanz für den repressiven Umgang mit ›Störern‹ und ›Gefährdern‹ gibt, die ausgerechnet beim Fußball sehr viel uneingeschränkter vorausgesetzt werden kann, als selbst noch im Umgang mit ›Terroristen‹, denen weit schlimmere Verbrechen vorgeworfen werden – man denke an die Diskussionen um die Rechtmäßigkeit von Guantánamo und Stuttgart-Stammheim.

Das ist der entscheidende Aspekt der neuen Kontrollkultur: Die Bestrafung ›kleiner‹ Vergehen lässt sich sehr viel besser legitimieren, als wenn es um ›große‹ Verbrechen geht. Und das hat nicht nur, nicht einmal in erster Linie mit der Härte der Strafe zu tun (die ja der Idee zufolge zumindest tendenziell äquivalent zur Schwere des Vergehens sein

9 Zur ZIS, der Datenbank ›Gewalttäter Sport‹ und dem europaweiten Austausch solcher Karteien von ›Problemfans‹ vgl. die Beiträge von Kant (2006) und Busch (2006) sowie Peltzer in diesem Band.

10 Der später für rechtswidrig erklärte ›Hamburger Polizeikessel‹, der 1986 noch eine umfassende öffentliche Debatte hervorgerufen hatte, jäherte sich übrigens am 5. Juni 2006 zum 20. Mal. Innerhalb dieses Zeitraums ist es gelungen, dieses Vorgehen vom Skandalfall zur Routinemaßnahme zu entwickeln.

soll: Stadionverbote und Polizeigewahrsam im Verhältnis zu lebenslanger Freiheitsstrafe oder Todesstrafe), sondern mit der Logik, die ich anhand des Polizeiflugblatts geschildert habe: Die Betroffenen sollen doch lediglich vor eigenem Fehlverhalten in Schutz genommen werden. Die Polizei hält die gegnerischen Fans auseinander, damit die sich nicht gegenseitig die Köpfe einschlagen. Was kann daran verkehrt sein?

Diese Logik finden wir freilich nicht nur beim Thema Fußball, sie ist eine vielfach genutzte Legitimationsfigur des »neuen« strafenden Staates. Man kann sich das an den amerikanischen Beispielen von *Zero Tolerance*¹¹ oder *Three Strikes*¹² vergegenwärtigen. Ein Beispiel dafür war die Kampagne zum »Modellversuch elektronisch überwachter Hausarrest« in Hessen (Brüchert 2002), bei der die Probanden in der Außendarstellung als Fürsprecher der Maßnahme hergezeigt werden (freilich höchst selektiv und ausschließlich im Rahmen der Pressearbeit des Ministeriums). »Im Knast hätte ich diese Chance nicht gehabt«, darf ein erfolgreicher Teilnehmer in einem Interview der vom Bundesinnenminister herausgegebenen Zeitschrift *Forum Kriminalprävention* (Heft 1/2001) verkünden. Betont wird, wie das strenge Zeitreglement den häufig mit Alkohol- und Drogenproblemen belasteten Probanden helfe, ihren Alltag zu bewältigen und einer geregelten Arbeit nachzugehen. Bei genauerer Betrachtung ist leicht zu erkennen, dass diese positiven Effekte nicht der Fußfessel zu verdanken sind, sondern im Modellversuch künstlich erzeugt werden, indem geeignete Fälle ausgewählt und ein im Vergleich zur üblichen Bewährungshilfe immenses Betreuungsprogramm aufgeboten wird. Für durchschnittlich 16 Probanden wurden vier Bewährungshelfer eigens zu diesem Projekt rekrutiert. Allen Teilnehmern wurden Wohnungen und Arbeitsplätze vermittelt. Sie erhielten umfassende Angebote zur Alkohol- und Drogentherapie. Wenn man sich diese Maßnahmen ohne elektronische Fußfessel vorstellt, wäre der Erfolg wohl ähnlich durchschlagend. Das Gerät an sich verlagert im besten Fall die Kosten vom Personal auf (militärische) Technik. Und natürlich

11 Dieses Schlagwort bedarf wohl kaum noch der Erläuterung. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang lediglich daran, dass sich die New Yorker *Zero Tolerance*-Kampagne zentral auf die Kontrollanlässe »Schwarzfahren« und »öffentliches Urinieren« stützte (vgl. Ortner et al. 1998).

12 Bei den unter dem Motto *Three Strikes and You're Out* in einigen amerikanischen Bundesstaaten in den 1990er Jahren eingeführten Gesetzen geht es darum, dass auch bei vergleichsweise kleinen Vergehen nach der dritten Wiederholungstat eine lebenslange Strafe droht. Diese Gesetze wurden in den letzten Jahren jedoch teilweise wieder zurückgenommen, weil sie zu einer selbst durch die amerikanische Gefängnisindustrie nicht mehr handhabbaren Überbelegung der Gefängnisse führten (vgl. Mauer 2002).

verdient eine private Firma mit diesen Geräten Geld. Für unser Thema entscheidend ist der Punkt, dass hier Strafe als Hilfe, als Wohltat am Bestraften präsentiert wird. Man könnte weitere Beispiele untersuchen, z.B. die jüngste Debatte um das ›Schuleschwänzen‹ als Ausgangspunkt »krimineller Karrieren«, die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten und Sexarbeiterinnen (beides nicht neu, aber der Legitimierungsdiskurs richtet sich zunehmend am Schutz der Betroffenen aus statt an öffentlicher Ordnung und Moral), oder auch, um mal einen ganz anderen Kontext anzusprechen, die diversen Kampagnen gegen Raucher: erhöhte Steuern, erhöhte Gesundheitskosten, alles zu ihrem eigenen Schutz, will man uns weismachen.

Fazit: Das Erbe des Wohlfahrtsstaates

Der strafende Staat lässt sich gleichermaßen feiern von fröhlichen Fußballfans und Gefangenen der elektronischen Fußfessel. So wie man die Fußfesselträger erzählen lässt, wie gut ihnen die Disziplinierung getan habe, sollen die Einlasskontrollen statt als Schikanen als Ermöglichungsbedingung des Fußballereignisses erlebt werden. Gewaltbereite Fans werden vor sich selbst in Schutz genommen, und den Gästen gibt man freundliche Hinweise, wie sie sich zu benehmen haben, wenn sie keinen Ärger mit der Polizei bekommen wollen. Videoüberwachung wird akzeptiert mit der Formel ›ich habe doch nichts zu verbergen‹. Der strafende Staat beansprucht das Erbe des gleichzeitig demontierten Wohlfahrtsstaates, indem er eine vergleichbare Amalgamierung von Fürsorge und Kontrolle erzeugt.

Die Propaganda scheint perfekt zu funktionieren und der starke Staat braucht zu seiner Legitimation keinen besonderen Anlass mehr, keine (größeren) Ausschreitungen und keinen ›Deutschen Herbst‹: Der Notstand gilt präventiv und jederzeit. Die Einschränkung und Abschaffung von Grundrechten wird nicht mehr mit dem Ausnahmezustand legitimiert, sondern mit beherrschbaren Risiken, wie sie im Rahmen eines sportlichen Großereignisses wie der Fußball-WM jederzeit heraufbeschworen werden können. Mitunter werden die Grundrechte gar nicht mehr auf dem Rechtsweg abgeschafft, wie weiland das Asylrecht, es werden einfach die grundrechtsfreien Zonen erweitert und die Besucher der privaten Vergnügungs- und Shoppingmeilen dazu gebracht, ›freiwillig‹ auf ihre Grundrechte zu verzichten, indem öffentliche Räume zu

privaten erklärt werden.¹³ In dieser Situation lassen sich Grundrechte nicht (mehr) rein legalistisch verteidigen. Es geht um die konkrete Praxis ihrer Anwendung und um ein Verständnis der Herrschaftsunterworfenen, was sie aufgeben, wenn sie ihre Grundrechte gewissermaßen an der Garderobe abliefern. Die Propaganda scheint perfekt zu funktionieren, aber je umfassender alle einem immer rigideren Kontrollregime unterworfen werden, desto verbreiteter werden auch die Erfahrungen mit der anderen Seite der Medaille, mit den rabiaten Formen sozialer Ausschließung, die zwar für die Öffentlichkeit eher versteckt ablaufen, die aber beim Besuch eines Fußballstadions (auch außerhalb der WM) für niemanden mehr zu übersehen sind. Soziale Ausschließung durch Strafe und Kontrolle hört ja nicht auf, sie wird eher verschärft. Es wird für immer banalere Anlässe weggesperrt (z.B. wenn meine Personalien einmal im Zusammenhang mit Ausschreitungen am Rande von Fußballereignissen registriert wurden). Das alte Dilemma des Sicherheitsstaats, der eben doch mehr ein Unsicherheitsstaat war, scheint zwar (partiell) überwunden. Aber es deuten sich neue Widersprüche an, die es weiter zu erkunden gilt. Das Versprechen umfassender Sicherheit geht immer offensichtlicher einher mit einem hohen Maß paternalistischer Einengung, ganz wie der alte Wohlfahrtsstaat, den man im Namen der Freiheit gerade abzuschaffen trachtet.

Literatur

- Behr, Rafael (2000): *Cop Culture. Der Alltag des Gewaltmonopols. Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei*. Opladen: Leske+Budrich.
- Brüchert, Oliver (1996): Die Inszenierung bedrohlicher Männlichkeit in Fernsehberichten über »rechtsradikale Gewalt«. In: Kersten, Joachim/Steinert, Heinz (Hg.): *Starke Typen. Iron Mike, Dirty Harry, Crocodile Dundee und der Alltag von Männlichkeit*. Baden-Baden: Nomos, S. 85-99.
- Brüchert, Oliver (2000): Warum die Randalen meistens ausbleiben. In: *Neue Kriminalpolitik*, 3/2000, S. 32–36.
- Brüchert, Oliver (2002): Modellversuch Elektronische Fußfessel. Strategien zur Einführung einer umstrittenen Maßnahme. In: *Neue Kriminalpolitik*, 1/2002, S. 32–35.

13 Spätestens an dieser Stelle sträuben sich jedem Juristen die Haare: Man kann auf Grundrechte nicht verzichten. Sie sind unveräußerlich. In der Praxis ist das aber genau der Effekt der privatisierten Kontrolle.

- Brüchert, Oliver/Steinert, Heinz (1998): Das kriegerische Missverständnis des polizeilichen Gewaltmonopols: Am Beispiel »Aufräumen wie in New York«. In: Ortner, Helmut/Pilgram, Arno/Steinert, Heinz (Hg.): *Die Null-Lösung. Zero-Tolerance-Politik in New York. Das Ende der urbanen Toleranz?* Baden-Baden: Nomos, S. 17-40.
- Busch, Heiner (2006): EU-Polizeikooperation in Sachen Fußball. In: *Bürgerrechte und Polizei/CILIP* 83 (1/2006), S. 36-43.
- Cohen, Stanley (1972): *Folk Devils and Moral Panics*. London: Routledge (Neuaufgabe 2002).
- Findeisen, Hans-Volkmar/Kersten, Joachim (1999): *Der Kick und die Ehre. Vom Sinn jugendlicher Gewalt*. München: Kunstmann.
- Fritsch, Stefan (2000): *Fußball und Randal: Beobachtungen zu der populären Sportart, den Fans und den Ausstiegsmodi von Hooligans* (unveröff. Magisterarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W.G.-Universität Frankfurt/M., Januar 2000). Frankfurt/M.
- Hall, Stuart et al. (1978): *Policing the Crisis: Mugging, the State and Law and Order*. London: Palgrave Macmillan.
- Kant, Martina (2006): Die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze – ZIS. In: *Bürgerrechte und Polizei/CILIP* 83 (1/2006), S. 29-35.
- Kutscha, Martin (2006): Abwehr eines Grundrechts-GAU. In: *Bürgerrechte und Polizei/CILIP* 83, (1/2006), S. 76-81.
- Mauer, Marc (2002): State Sentencing Reforms: Is the »Get Tough Era« Coming to a Close? In: *Federal Sentencing Reporter*, Vol. 15/1, S. 50-52.
- Ortner, Helmut/Pilgram, Arno/Steinert, Heinz (Hg.) (1998): *Die Null-Lösung. Zero-Tolerance-Politik in New York. Das Ende der urbanen Toleranz?* Baden-Baden: Nomos.
- Ronneberger, Klaus/Lanz, Stephan/Jahn, Walther (1999): *Die Stadt als Beute*. Bonn: Dietz.
- Steinert, Heinz (1996): Schwache Patriarchen – gewalttätige Krieger: Über Männlichkeit und ihre Probleme zwischen Warenförmigkeit, Disziplin, Patriarchat und Brüderhorde. In: Kersten, Joachim/Steinert, Heinz (Hg.): *Starke Typen. Iron Mike, Dirty Harry, Crocodile Dundee und der Alltag von Männlichkeit*. Baden-Baden: Nomos, S. 121-157.
- Steinert, Heinz/Karazman-Morawetz, Inge (1994): Der öffentliche Gewalt-Diskurs und die Gewalt-Erfahrungen Jugendlicher. In: Janig, Herbert/Rahmayer, Bernhard (Hg.): *Wartezeit. Studien zu den Lebensverhältnissen Jugendlicher in Österreich*. Innsbruck: Österreichischer Studienverlag, S. 269-296.

